



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 21. September 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-55-0035

Legalisierung von Cannabis - Wiesbaden zur Modellstadt machen - Antrag der Fraktion Die Linke vom 15.09.2021 -

Seit Jahren gibt es immer wieder Diskussionen und Debatten um das Thema der Legalisierung von Cannabis. Die Drogenbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland, Daniela Ludwig, kann keine mit Fakten belegten Argumente nennen, welche ihre Verweigerungshaltung stützen würden. Auch eine Umfrage in Apotheken aus dem Jahr 2020 zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung für eine kontrollierte und legale Abgabe von Cannabis ist.¹ Zudem werden die Strafverfolgungsbehörden durch eine Legalisierung entlastet.

Aus diesen Gründen wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

ein Konzept zur Legalisierung von Cannabis im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Modellprojektes nach §3 (2) BtMG zu entwerfen.

Kriterien für eine solche Modellregelung sollen sein:

- Abgabe an alle volljährigen Einwohner*innen der LHW
- Der Handel mit Cannabis bleibt weiterhin illegal
- Abgabe pro Woche von maximal 10g pro Person
- Es werden Abgabestellen in der Innenstadt eingerichtet
- Anbau, Ernte und Weiterverarbeitung des Cannabis ist durch die Stadt zu kontrollieren
- Anbau (oder Kauf) und Vertrieb werden von der Stadt betrieben
- Das Konzept soll so gestaltet sein, dass Menschen durch den damit verbundenen Besitz von Cannabis keine rechtlichen Nachteile - insbesondere kein Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung - entstehen
- Das mit der Abgabe betraute Personal muss geschult sein, um einen umfassenden Verbraucher*innen- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten
- Das Projekt sollte wissenschaftlich begleitet werden
- Die LHW sorgt für angemessene Präventions-, Informations- und Hilfsangebote

Beschluss Nr. 0069

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1253324/umfrage/apothekenumfrage-zur-legalisierung-von-cannabis/>

Der Antrag wird zurückgezogen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2021

Rottloff
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2021

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister